

(Abgeordneter Lehnig.)

(A) der im Lande Werte schaffen kann, durch die Maßnahmen der Regierung angespornt werden, die Werte herzustellen. Er muß ermutigt werden, und er muß zur Mithilfe befähigt werden. Und da wirft sich die Frage auf: Was ist das dringendste, was wir dafür tun müssen? Wir müssen zunächst anstreben, die Berliner Mißwirtschaft, die Sineuren der Kriegsgesellschaften nach Möglichkeit einzuschränken. Ich bin mit den Herren Vorrednern durchaus einig, daß wir die Kriegsgesellschaften nicht entbehren können, und wie sie zustande gekommen sind, das beschäftigt uns ja heute weniger. Ich möchte nur kurz dem widersprechen, was der Herr Staatsminister Schwarz gesagt hat, daß die Schöpfer dieser Kriegsgesellschaften unseren Kreisen am nächsten gestanden haben. Das ist nicht wahr. Im Gegenteil, sie sind aus unseren Kreisen mit am schärfsten bekämpft worden. Aber wir müssen dieser Staatschmarogerei der Berliner Kriegsgesellschaften sehr energisch auf die Finger sehen, denn wir sind vollkommen davon überzeugt, daß sie freiwillig auf ihr Monopol nicht verzichten werden.

Ich könnte Ihnen eine Anzahl Unterlagen hier vorlegen, will Sie aber damit nicht aufhalten, wonach aus den weitesten Kreisen der Industrie die härtesten Vorwürfe gegen die Kriegsgesellschaften erhoben werden. Und die erstrecken sich zunächst auf die Unwirtschaftlichkeit (B) der Betriebsweise, auf die Unzweckmäßigkeit der Verteilung, auf den außerordentlich schleppenden Geschäftsgang dieser Kriegsgesellschaften und ganz besonders auf ihre einseitige Entschließung hinsichtlich der Verteilung nach den verschiedenen deutschen Ländern. Wir haben in diesen Kriegsgesellschaften mit einem Verbrauch von Verwaltungskosten zu rechnen, der jeder Beschreibung spottet. Und wenn Sie auch ganz richtig behauptet haben, mein Herr Vorredner, daß die Kriegsgesellschaften keine Gewinne machen können, so darf man nicht an dem vorbeigehen, was sie an stillem Gewinn an ihre Mitarbeiter ausgeschüttet haben. Das sind unverhältnismäßig hohe Summen, an denen gespart werden könnte.

Nun handelt es sich darum, daß wir praktische Vorschläge machen. Wir hatten bisher einen Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung, den wir für vollständig überflüssig halten, ebenso wie denjenigen für die Fischversorgung. Des weiteren sind sehr viele Kriegsgesellschaften untereinander, miteinander verquickt, und es bedarf einer eingehenden Prüfung, und zwar in Zusammenarbeit mit den großen Wirtschaftsverbänden, welche Berechtigung auf weiteres Bestehen diese einzelnen Kriegsgesellschaften haben, damit man den Versuch macht, sie zusammenzudrücken, das heißt, sie möglichst zu verschmelzen.

Ich würde der Regierung für derartige Gutachten ganz (C) besonders den Verband Sächsischer Industrieller empfehlen, der als Zusammensetzung aus der gesamten Industrie Sachsens das Zentralorgan ist, das schnell arbeitet und auch das Vertrauen seiner Mitglieder in vollster Weise besitzt. Wir müssen aber von diesen Kriegsgesellschaften fordern, und das ist die Hauptforderung, die ich Ihnen vorbringen möchte, daß von Seiten der sächsischen Regierung auch mehr Mitbeteiligte an der Verteilung tätig sind, als das bisher der Fall gewesen ist. Wir haben uns bisher begnügen müssen, sehr wenige eigentlich Beauftragte seitens unserer Regierung in diesen Kriegsgesellschaften zu haben, und ich erinnere nur an die Reichskohlenstelle, die gerade die sächsische Industrie außerordentlich schlecht bedacht hat. Also es würde unbedingt erforderlich sein, daß in alle die Kriegsgesellschaften, deren Weiterbestehen notwendig ist, mehr sächsische Bevollmächtigte hineingesetzt werden und daß unbedingt darauf gedrungen wird, daß die Reichsregierung diese Bevollmächtigten annimmt.

Wir dürfen uns darüber gar keinem Zweifel hingeben, daß die Kriegsgesellschaften auch berufen sein werden, die in das Inland vom Ausland hereinkommenden Rohstoffe mit zu verteilen, und daß dann das Geschäft der Verteilung der eintreffenden Rohstoffe viel wichtiger wird als das Geschäft, was die Kriegsgesellschaften jetzt noch zur Liquidation zu bringen haben. Und gerade diese hereinkommenden Rohstoffe, die werden sehr spärlich fließen. Da kommt es außerordentlich darauf an, daß Sachsen nicht benachteiligt wird, daß die Industrie als Quote genügende Mengen bekomme und daß dann diese Quote unterverteilt wird durch sächsische Bevollmächtigte, die wohl in Berlin sitzen können, die aber mehr Verständnis und Zugehörigkeit zur sächsischen Industrie haben, als das von Reichsbeamten bisher an den Tag gelegt worden ist. Und die würden dann auch in der Lage sein, diese Rohstoffe in die Industrie und in die Handwerkerkreise richtig zu verteilen. Dann könnte man die Handwerkerkammern heranziehen und könnte sie für die Verteilung mitbestimmen lassen. Die bisher bestandenene Kriegsrohstoffämter zur Verteilung der Kriegsrohstoffe sind jetzt aufgelöst worden und an deren Stelle sind einzelne Kriegsgesellschaften entstanden. Aber ich glaube, daß selbst in unserer sächsischen Regierung absolut kein klares Urteil darüber vorhanden sein wird, welche von diesen Kriegsgesellschaften als mehr oder weniger überflüssig zu bezeichnen sind, welche eventuell zusammengelegt werden könnten. Diese Kriegsgesellschaften unterstehen heute dem Reichswirtschaftsamt, und sie haben auch noch eine wesentliche Aufgabe zu erfüllen für

(A)

(D)